

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis: mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Druckerlohn monatlich 1.80 M. Zus. die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde: nur montags von 12 bis 1 Uhr. **Erpedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate: werden die 7spaltige Pettzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Besondereinserate. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 217. Dresden, Dienstag den 17. September 1918. 29. Jahrg.

Die Wiener Note und die deutsche Politik.

Einberufung des Hauptausschusses. — Der Ruf nach dem Reichstag. — Gegnerische und neutrale Stimmen zur Wiener Note. — Aus der Chronik der finnischen Königsmacher.

Die Aufgabe der deutschen Politik.

Der Friedensvorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung ist durch Vermittlung der spanischen Botschaft in Wien und der spanischen Regierung in Madrid an die Regierungen der Vereinigten Staaten, England und Frankreich übergeben worden. Ueber die amtliche Stellungnahme dieser Regierungen ist noch nichts bekannt. Dagegen liegen bereits zahlreiche Presseäußerungen, besonders aus England und Amerika, vor. Der erste Widerhall, der aus diesen Stimmen der kriegsgegnerten Presse auf den Friedensvorschlag Burians zurückerwartet ist äußerst ungünstig. Doch ist es bekannt, daß zunächst das Gebiet der am meisten chauvinistischen Blätter herübergerückt wird. Die Regierungen der Ententestaaten werden einige Frist brauchen, um sich über ihre Antwort auf die österreichisch-ungarische Note zu verständigen. Vielleicht werden diese Regierungen auch erst zuwarten wollen, in welcher Weise die deutsche Reichsleitung zu der Note Burians Stellung nehmen wird.

Für die deutsche Politik erwachen in diesen verantwortungsschweren Tagen überaus erste Pflichten. Es kann auf gar keinen Fall genügen, daß die Reichsleitung, wie außer Zweifel ist, eine allgemeine zustimmende Erklärung zu der Wiener Note erläßt. Es kommt darauf an, daß die behaupteten und bedenklichen Unstimmigkeiten ausgeräumt werden, die das Sondervergehen Oesterreich-Ungarns besonders deutlich hat hervortreten lassen. Nicht nur muß der Schein des Gegenjähres zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich beseitigt werden, es muß zugleich die gesamte Reichspolitik einheitlich so eingestellt werden, daß dadurch die Note Burians wirkungsvolle Unterstützung findet und die Möglichkeiten eines Erfolges gefördert werden. Es hat in der deutschen Politik auch in der jüngsten Zeit wieder allzuoft an der einheitlich ordnenden Hand gefehlt. War die Note Burians in Sicht, so hätten die Medien, die letzten der Kaiser und der Sigisander n. Pater hielten, wesentlich anders gehalten werden müssen, als es geschehen ist. Vor allem paßt die Politik der Festlegungen im Osten und vollends der dynastischen Experimente in keiner Weise zur Note Burians. Soll denn grüneliches Rückwärtsgehen auch jetzt, wie in den Jahren vor dem Weltkriege, Unheil stiften?

Es ist daher höchste Zeit, daß die deutsche Volksvertretung auf den Plan tritt. Bei der Bedeutung der jetzigen Vorgänge darf sich der Reichstag nicht ausschalten lassen. Vielmehr muß er dafür Sorge tragen, daß die Politik der Reichsleitung in Wort und Tat für die Unterstützung des Burianschen Friedensschrittes eingeleitet wird.

Auf Grund der Besprechungen der Reichstagsparteien ist zunächst die Einberufung des Hauptausschusses beschlossene Sache. Da sich der erst geplante Einberufung auf Freitag dieser Woche Samstags frage entgegenstellen haben, soll der Ausschuss sich am Dienstag nächster Woche versammeln. Was ist in Anbetracht der wichtigen und drängenden Ereignisse reichlich spät. Auch die Reichstagsfraktionen treten zu Beratungen zusammen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gemeinsam mit dem Parteiausschuss am nächsten Montag Sitzung halten.

Aus Berlin wird uns ergänzend geschrieben:

Selbst Blinde und Taube müssen es bemerken, daß in der „einheitlichen Politik“ der Mittelmächte etwas nicht stimmt. Das ist nun freilich nichts ganz Neues, aber zum gegenwärtigen Grad der Verpöschung sind die Dinge erst unter Herr v. Söding gediehen. Die Note Burians, die Oesterreich-Ungarns Friedensnote in dem Augenblick, in dem die deutsche Front ins Wanken geraten war, für unzeitgemäß und wollte er so lange warten, bis sich die Dinge im Westen wieder beseftigt hätten, so mußte er die Kraft haben, diese seine Meinung auch durchzusetzen. Hatte er diese Kraft nicht, so mußte er den Schritt Oesterreichs mitmachen und unterstehen, zum mindesten von ihm jede Störung fernhalten. Dann durfte aber der Fuß in der Rede Paprs bezüglich der Ostfragen nicht gesprochen werden. Für die finnische Königsgehandlung gab es in diesem Augenblick keinen Platz mehr.

Doch sind zu den militärischen Ereignissen im Westen nun auch eine hochgradige diplomatische Verzerrung gefügt hat, kann auf die Gegner ermutigt werden. Ihre Antworten auf die österreichische Friedensnote dürften davon nicht unberührt bleiben. Auf alle Fälle aber hat sich gezeigt, daß es mit der ziel- und steuerlosen Reichspolitik, wie sie bisher getrieben wurde, nicht weitergeht. Wir brauchen eine Regierung mit festen Grundrissen, die die innere diplomatische Front wieder beseftigt, dem Lande das ihm verlorene gegangene Vertrauen zur Führung wiedergibt, die alle Kräfte anbietet, solange es noch notwendig ist, zur Verteidigung, sobald sich aber die erste Gelegenheit dazu ergibt, zur Wiederherstellung des Friedens.

Fortdauernd heftige Kämpfe zwischen Ailette und Wisne.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 17. September 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern rege Erdungsaktivität. Südlich von Heer scheiterten Teilangriffe des Feindes. An der Kanalstellung brachten pommerische Grenadiere von erneuten Vorstößen gegen den Feind bei Gauduin-Gauduin Befangene zurück. In der Gegend von Habincourt setzten sich der Artilleriekampf am frühen Morgen vorübergehend zu großer Stärke; keine Infanterieerfolge.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Zwischen Ailette und Wisne dauerten die heftigen Angriffe des Feindes fort. Wir nahmen den Strand der Höhe östlich von Baugillon, auf der der Feind früh auf, wieder. An der von Laiffour nach Osten führenden Straße drückte uns der Feind etwas zurück. Am Nachmittag nach härtestem Artilleriekampf erneut vorbrechende Angriffe des Feindes schri-

erten an den Gegenständen der hier kämpfenden hannoverschen, brandenburgischen und oldenburgischen Infanterieregimenter. Sie schoben am Abend ihre Linien zum Teil wieder vor. Auch die südlich anschließende brandenburgische 5. Infanteriedivision schlug mehrfach durch Panzerwagen unterstützte Angriffe des Feindes ab. Im Südteil von Bailu dauerten Kleinangriffe an. In der Champagne wurde ein nächtlicher Vorstoß des Feindes südlich von Vipont abgewiesen.

Heeresgruppe Gallien:

An der Côte de Vorraine, bei St. Saire und westlich von Juville führten wie erfolgreiche Unternehmungen durch. Teilangriffe des Gegners gegen Namont und nordöstlich von Thiancourt wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit beschränkte sich auf Störungsfeuer.

Wir schossen gestern 44 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Korte erschlug seinen 10., Leutnant Kuhn seinen 9. und Leutnant Thun seinen 30. Luftziele.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Der Vorwärts führt unter andrem aus:

Es zeigt sich, daß es in der politischen Welt Deutschlands lebhaft wie in einem Ameisenhaufen zugeht und daß man im Vorgefühl einer ersten Entscheidung steht. In dieser ist mit der Regierung wohl kein. Die einen sind der Ansicht, daß Herr von Söding den Schritt Oesterreichs unter allen Umständen hätte verhindern müssen, die anderen meinen, Deutschland hätte sich der österreichischen Initiative von vornherein anschließen und mit Oesterreich eine gemeinsame Friedenspolitik vereinbaren müssen, zu der die Festlegung auf den Westfront Frieden und die Vorbereitung der finnischen Königswahl wie die Hauptaufgabe seien. Einige ist man in der Auffassung, daß es der Regierung nicht gelungen ist, die so dringlich notwendige Einheit der diplomatischen Front zwischen den Verbündeten aufrechtzuerhalten.

Wenn nun der Hauptausschuss am 24. September zusammentritt, so ist zu erwarten, daß er zu spät kommt. Die österreichische Note fordert rasche Antwort, und die finnische Königswahl soll schon am 26. September stattfinden. Es erhebt sich also die wichtige Frage, ob das verzweifelte Hinanschieben aller parlamentarischen Einrichtungen nicht auf die Abfahrt zurückzuführen ist, den Reichstag vor vollendete Tatsachen zu stellen, wie das ja schon so oft, zuletzt in verfassungsmäßig höchst bedenklicher Weise mit den Zusatzverträgen zum Westfront Frieden geschehen ist. Ein solches Verhalten ist aber auch nicht geeignet, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament zu bessern.

Jedenfalls ist die Heberzeugung ziemlich allgemein geworden, daß es mit der bisherigen Direktionslosigkeit der Politik nach innen und außen ein Ende haben muß. In der Wahlrechtsfrage ist die Regierung auf ein totes Pferd geraten, sie hat aber nicht den Mut, das zu bekennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. In der auswärtigen Politik kreuzen sich noch wie vor die Abkömmlinge der Zivilregierung mit militärisch-dynastischen Einflüssen, und die Zusammenarbeit mit den Verbündeten erscheint in erster Linie gefahrvoll.

Ein Beispiel für dieses gefährliche Spiel der verschiedenen Stellungen bietet die Entwicklung der finnischen Angelegenheit, vor deren entscheidender Bedeutung ein großer Teil der Presse noch immer kraampflücht die Augen beschließt. Die ganze Königsgehandlung ist der Zivilregierung wie ein Dorn im Auge, auf den Kopf gefallen, und entscheidend hat sich noch immer nicht der Mann gefunden, der darüber der entscheidenden Stelle reinen Wein einschenkt.

Ein Ausweg ist nur zu finden, wenn wir rasch zu einem festen Kurs gelangen, wenn das Thronbesteuer im Osten abgelöst und die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung erklärt wird, auf der von Oesterreich-Ungarn angebotenen Besprechung alle durch den Krieg aufgeworfenen Weltfragen einer Erörterung zu unterziehen. Nur so kann die deutsche Regierung dem diplomatischen Gegenstoß zuvorkommen, kann die Erklärung vernieden werden, das starre Festhalten Deutschlands an dem Westfront Frieden mache ein Eingehen auf den österreichischen Vorschlag unmöglich.

Von den Nationalliberalen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion tritt heute zu einer Sitzung zusammen, der man in nationalliberalen Parteifreien große Bedeutung beimißt. Die Nationalzeitung berichtet darüber:

Auch in nationalliberalen Kreisen verkehrt man sich nicht, daß der österreichisch-ungarischen Fremde eine folgenreiche Bedeutung beigemessen ist, welche Ausnahme sie auch bei den Gegnern finden mag und doch unter allen Umständen mit einer unbedingten Rückwirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse zu rechnen ist. Der praktische Kern der morgigen nationalliberalen Beratungen ist die Frage einer eventuellen Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen der Reichstagsparteien. Ursprünglich mochten bekanntlich die Nationalliberalen diesen Sitzungen bei, verzichteten später aber freiwillig auf eine Beteiligung. Wie wir wissen, sind eine Anzahl Praktikantenmitglieder der Ansicht, daß ein weiteres Heranbleiben einer Selbstauswahlung der Partei gleichgültig und daher für sie nur schädlich wirken könnte.

Die Nationalliberalen haben offenbar die Empfindung, daß der Schwerpunkt der Entscheidungen von der gegenwärtigen Regierung ab und immer mehr zur Reichstagsmehrheit hinüberdrückt, da möchten sie den Anstoß nicht verpassen.

Pressestimmen aus den Ententeländern.

wtb. London, 16. September. (Reuters.)

Das Daily Chronicle schreibt: Das österreichische Angebot ist die erste direkte Annäherung eines Kriegsführenden, die seit Kriegsbeginn unternommen worden ist. Als solche kommt ihr besondere Bedeutung zu. Zwei Mächte betrauten die Note: Österreich der Wunsch, unter den Ententemächten durch den Verzicht auf Otranto für die Fortsetzung des Krieges ihnen zugunsten, Vermittlung zu stiften; zweitens die aufrechten Friedenskomponenten in Berlin und Wien. Es wird jetzt zum erstenmal angegeben, daß die Mittelmächte unmöglich den Krieg gewinnen können. In Bezug der übertriebenen Siegesparolen, die den Beginn der großen Aufrichtung verkündete, trat die Furcht vor der Niederlage. Die österreichische Note geht jedoch von der Annahme aus, daß auf keiner Seite die Wehrschwindigkeit eines militärischen Sieges besteht. Von diesem Standpunkt aus tritt die Note für einen Verhandlungsfrieden ein. Niemand der einen Funken von Misstrauen behält, würde sich für einen einzigen Tag die Fortsetzung der gegenwärtigen Krieges wünschen, wenn sie nicht absolut notwendig ist. Aber noch allen ihren Feinden beabsichtigen die Ententemächte nicht, sich mit einem Scheinfrieden abzufinden zu lassen, der nur einen neuen Krieg zu einem Zeitpunkt der den Militärischen Mittelmächten genützt wäre, bedeuten würde. Die freien Nationen der Welt sind entschlossen, zusammenzuhalten, bis die ungeliebte Drohung erlegt ist. Das ist unmöglich, bis die gewalttätige deutsche Militarismus erschmettert ist. Nichts außer der heuligen Niederlage im Lande oder auf dem Schachbrett wird ihn erschmettern. Es würde nicht sein, irgendwelche guten Ergebnisse von einer Konferenz zu erwarten, wenn nicht vor der Zusammenkunft der Delegierten eine gewisse Annäherung der Meinungen zwischen den Gruppen der Kriegsführenden eingetreten ist. Das gibt es wenig Anzeichen. Ob nicht eine wirkliche Herabsetzung der Behauptung und der Methode in Berlin und Wien eingetreten ist, sind Verhandlungen nutzlos. Wir verlassen uns einfach auf die Logik des militärischen Erfolges, um unsere Feinde zur Vernunft zu bringen, in der Sprache Wilsons: „wenn wir Frieden, ist eine neue internationale Ordnung, die sich auf den umfassenden allgemeinen Grundrissen des Rechts und der Gerechtigkeit gründet.“

Das Daily Express schreibt: Die österreichische Note bringt uns dem Weltfrieden nicht näher. Sie enthält nicht die letzte Bedeutung, daß die Mittelmächte unter vorläufigen Bedingungen anzunehmen bereit sind. Solange Deutschland keine Worte von einem Verhandlungsfrieden nicht ausspricht, ist die Atmosphäre für Friedensverhandlungen nicht geeignet.

Das Daily Telegraph urteilt: Die österreichische Regierung hat einen entscheidenden Schritt getan, der beweist, daß sie nicht gelockert oder etwas verpasst hat. Der Vorstoß ist auf den ersten Blick ungerichtet und unaufrichtig.